

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Februartälfte 1200.— M. Einzelverkaufspreis 100 M. Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die in der gehaltenen Zeitung oder deren Raum 250.— Mark, auswärtige 300.— Mark für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsverzeichnisse 200 M., für Reklamen 1000.— M. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46, Fernruf 928

# Lübecker Volksbote

Tagzeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 41.

Sonntag, 17. Februar 1923.

30. Jahrgang.

## Reine Einigung in London.

### Die französischen Forderungen abgelehnt. — Poincare reist nach England?

London, 17. Februar.

Auch die gestrige Beratung zwischen dem französischen Arbeitsminister Le Troquer und General Pagot auf der einen und Mitgliedern des englischen Kabinetts auf der anderen Seite sind gegen Abend als ergebnislos abgebrochen worden.

London, 17. Februar.

Die britische Ablehnung der französischen Forderung auf Heberlassung der Eisenbahnen bringt eine neue Spannung in die Entente und rückt die Zurückführung der britischen Truppen wieder näher. Gleichzeitig mit der Ablehnung bezeugt die englische Regierung aber, was aus der Rede Baldwins hervorgeht, ihren Willen, den Frieden zwischen England und Frankreich bis zum äußersten zu wahren. Baldwin hat mitgeteilt, daß die französische Forderung nach Heberlassung der beiden Hauptlinien im Kölner Gebiet abgelehnt worden sei. England habe nur eine Sechsmehrfachung anbieten können, die eine Ecke der Zone schneidet. Der französische Wunsch, Kohle durch das britische Gebiet zu befördern, trat an Wichtigkeit zurück, als erklärt wurde, Frankreich gebrauche in Wirklichkeit die Eisenbahn, um die Verbindungsline für das Heranbringen der Reservetruppen aus Frankreich in das Ruhrgebiet zu sichern. Die Franzosen äußerten ihre Besorgnis, Deutschland plane eine ausgedehnte Sabotage des Kölner Eisenbahnsystems, um die Truppenbewegungen zu unterbrechen. Demgegenüber erklärten die britischen Minister, daß eine Gewährung der französischen Forderung eine direkte Unterfütterung der französischen Besetzungspolitik wäre und deshalb abgelehnt werden müsse. Man nimmt jetzt an, daß Poincare die Forderung in einer solchen Form erneuern wird, daß eine Zurücknahme der britischen Truppen erzwungen wird.

### Auf dem toten Punkt.

London, 16. Februar.

Evening Standard zufolge endete die englisch-französische Konferenz in Downingstreet heute so gut wie auf einem toten Punkt. Die französische Mission fährt heute Abend nach Paris zurück, ohne daß irgend ein Beschluß bezüglich des französischen Ersatzes um Eisenbahnerleichterungen in der britischen Zone erzielt worden ist. Das bedeutet, daß England es für den Augenblick abgelehnt hat, dem französischen Ersuchen zuzustimmen.

### Poincare reist nach London?

London, 16. Februar.

Ueber die Beratungen zwischen Bonar Law und Lord Derby mit der französischen Delegation verläutet amtlich immer noch nichts. Bonar Law hatte gestern Abend noch einen Ministerrat einberufen. Danach verläutet, daß sich die Besprechungen mit Le Troquer auf ganz andere Fragen als die Kohlendurchfuhr durch die englische Zone erstreckt hätten. Daher würde der ganze Kreis der erörterten Gegenstände nochmals durchgesprochen werden und zwar zwischen Bonar Law und Poincare selber, der schon in den nächsten Tagen in London erwartet wird. Das künftige Amt erklärt auf Anfrage, es könne dieses Gerücht nicht bestätigen, aber auch nicht dementieren.

### Drei Jahre Gefängnis für den Oberhäufener Oberbürgermeister.

Essen, 17. Februar.

In der gestrigen Nachmittagsverhandlung des französischen Kriegsgerichts in Essen-Bredenez gegen den Oberhäufener Oberbürgermeister Havenstein wurde das Urteil gefällt. Es lautet: Havenstein wird wegen Bedrohung der Sicherheit der Besatzungstruppen zu drei Jahren Gefängnis ohne Strafausschub verurteilt. In der Begründung wird ausgeführt, daß Havenstein durch die Absperrung des Lichts nach dem Oberhäufener Bahnhof die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdet habe.

Weiter wurde Direktor Buzmann von den Rheinischen Elektrizitätswerken wegen Verweigerung einer Reparatur an der Lichtleitung des Hotels „Kaiserhof“, wo Franzosen einquartiert sind, zu 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Da der Angeklagte sieben Kinder hat, von denen das jüngste 6 Wochen alt ist, wurden ihm mildernde Umstände zugebilligt.

### 2 Jahre Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe für den Essener Bürgermeister.

Gelsenkirchen, 17. Februar.

In dem gestrigen Kriegsgerichtsprozeß in Essen-Bredenez wurde auch das Urteil gegen den Essener Oberbürgermeister Dr. Schäfer verkündet. Es lautet auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe. Dr. Schäfer hatte sich bereitwillig gemeldet, Requisitionsscheine für die Besatzungstruppen zu unterzeichnen.

III. Essen, 17. Februar.

In Essen ist es gestern Abend zu neuen Zwischenfällen gekommen. Wegen der Kriegsverurteilung sammelte sich eine größere Menschenmenge an, die von der Besatzung aufgefordert wurde, auseinanderzugehen. Als dies nicht geschah, wurden Schüsse abgegeben. Ob Personen verletzt sind, konnte noch nicht festgestellt werden.

### Immer neue Verhaftungen.

Essen, 16. Februar.

Am Freitag mittag ist das Polizeipräsidium von französischen Truppen umstellt worden. Ein Regierungsrat, zwei Polizeiräte sowie der Kommandeur der Schutzpolizei sind verhaftet worden. Sie wurden gefesselt auf der Wache des Polizeipräsidiums untergebracht. Die übrigen Beamten des Polizeipräsidiums mußten auf dem Flur zusammentreten und sich nach Waffen und Papieren durchsuchen lassen; dann wurden sie einzeln entlassen. Der Grund des unerhörten Vorgehens ist wahrscheinlich darin zu suchen, daß am Donnerstag Abend um 10 Uhr im Lokal „Zeller-Hof“ in der Turmstraße zwei Franzosen durch Schüsse schwer verletzt wurden. Nach Angabe eines der verletzten Franzosen soll ein Schutzpolizeibeamter die Schüsse abgegeben haben.

SPD. Dortmund, 16. Februar. (Eig. Drahtber.)

Am Freitag vormittag marschieren die Franzosen in einer Stärke von zwei Bataillonen Infanterie, einer Schwadron Kanallerie und einer Maschinengewehrkompanie in die Stadt ein und umstellten zunächst das Rathaus. Oberbürgermeister Dr. Eichhoff wurde ohne Angabe von Gründen verhaftet. Auch das Reichsbankgebäude wurde umstellt und der Direktor der Reichsbank gleichfalls festgenommen. Dann wurde das Landratsgebäude unter gleichen Umständen durchsucht und der stellvertretende Landrat verhaftet. Schließlich wurde noch Oberbahnhofsinspektor Birkhäuser festgenommen und alle Verhafteten unter starker militärischer Bedeckung abgeführt. Der Magistrat erließ gegen diesen neuen französischen Willkürakt sofort einen Protest. Um 5 Uhr nachmittags trat eine außerordentliche Stadterordnetenversammlung zusammen, die sich mit der Verhaftung des Oberbürgermeisters beschäftigte.

Rechen, 16. Februar.

Heute fand die gewaltsame Besetzung des hiesigen Kreisbezirksamts statt. Der Oberamtmann und drei Untermänner wurden verhaftet. Es besteht die ernste Befürchtung der Besetzung des Schwarzwaides. Truppenverchiebungen werden gemeldet. Die Fahrschiffen sind verhöflicht. An den Poststellen finden Leibesvisitationen nach Briefen und Zeitungen statt.

Am Freitag fand in Gelsenkirchen das Begräbnis des erschollenen Schutzpolizisten Gutmacher statt, an dem sich die gesamte Bevölkerung von Gelsenkirchen beteiligte. Während der Feier kreuzte ein französischer Flieger über der Menschenmenge und warf tausende von Propagandaflugblättern ab. Von den vorgestern verhafteten 33 Schutzpolizisten sind 19 nach Gelsenkirchen wieder zurückgeführt.

In Hattingen ist eine Person wegen Entfernung französischer Plakate zu 14 Tagen Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

### Essen ohne Schutzpolizei.

Essen, 16. Februar.

Außer der Entwaffnung der Schutzpolizei hat das französische Militär auch zahlreiche Verhaftungen von Schutzpolizeibeamten vorgenommen, nachdem seit einer Reihe von Tagen schon der Polizeipräsident ausgewiesen und mehrere leitende Beamte verhaftet worden waren. Zu ihrem Vorgehen gegen die Schutzpolizei, die jetzt vollständig außer Dienst gestellt ist, erläßt die Besatzungsbehörde eine Erklärung, in der sie sagt, durch das Verhalten der Beamten sei der Dienstbetrieb vorläufig unterbrochen worden. Er könne erst wieder aufgenommen werden, wenn die Beamten sich der militärischen Besatzungsbehörde zur Verfügung stellen und deren Befehle ausführen.

### Die Stadt ist ohne jeglichen polizeilichen Schutz.

Ob das nicht auch für die Besatzungstruppen insofern von Folgen sein wird, daß es nun noch viel eher zu Unruhen und Zusammenstößen kommen kann, bleibt abzuwarten. Sedenfalls hat die Schutzpolizei bisher in hohem Maße dazu beigetragen, daß Ausschreitungen und Zusammenstöße vermieden wurden. Durch die Beilegung der Schutzpolizei wird angelehnt der erregten Stimmung der Bevölkerung die Lage jedenfalls noch wesentlich kritischer. Rathaus und Stadttheater sind nach wie vor besetzt.

Essen, 16. Februar.

Gestern Abend drang eine Gruppe französischer und belgischer Soldaten in eine Wirtshaus in der Turmstraße ein und verhaftete sich mit Gewalt Getränke, nachdem ihnen deren Verabfolgung verweigert wurde. Als zwei Schutzpolizeibeamte hinzukamen, entstand zwischen ihnen und den Soldaten eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf die Franzosen eine Belgier die Beamten mit Revolver bedrohten. Darauf zogen auch die Polizisten den Revolver, und es kam zu Schießereien, wobei 2 Franzosen und 2 Belgier so schwere Verletzungen erlitten, daß sie in ein Krankenhaus gebracht werden mußten.

Dollar 19500.

## Mehr Taten, weniger Worte!

Der Reichskanzler und der Reichswirtschaftsminister haben am Freitag vor verschiedenen Instanzen ihre Auffassung über die Ruhraktion geäußert. Dr. Cuno sprach im Landwirtschaftsrat von der „neuen Volksgemeinschaft“, die entstanden sei, von der Notwendigkeit, daß mit Lebensmitteln und Brot nicht spekuliert werden darf, von der Vereinfachung der Lebenshaltung und den kommenden Zeiten, die schwerer seien als alle bisherigen. — Beder äußerte sich im Reichskohlenrat in ähnlichem Sinne. Auch er bezeichnete den Wucher als den größten Feind des deutschen Volkes.

Wir haben erwartet, daß sowohl Cuno wie Beder der deutschen Öffentlichkeit mehr Positives zu sagen gewußt hätten. Daß mit Lebensmitteln und mit Brot nicht spekuliert werden darf und der Wucher entschieden bekämpft werden muß, ist eine allgemeine Auffassung des deutschen Volkes, die man von Mitgliedern der Reichsregierung nicht bestreiten zu lassen braucht. Von dem Reichskabinett will das Volk wissen, was es endlich gegen die schamlose Ausbeutung, die gewisse Kreise auch heute noch üben, zu tun gedenkt. Auch die Tatsache, daß die Lebensmittelfrage im Westen die wichtigste ist, die gelöst werden muß, brauchte Herr Cuno dem deutschen Volke nicht mehr zu erzählen. Viel mehr interessiert die Arbeiterschaft, was getan ist, um dieses zweifellos schwierige Problem zu lösen, ob genügend Nahrungsmittel sichergestellt sind, die die Fortführung des Abwehrkampfes gestatten und auf welche Art diese Nahrungsmittel bei den schwierigen Verkehrsverhältnissen den Konsumenten zugänglich gemacht werden sollen. Vor allem aber, was getan ist, um neuen Wucher mit event. bereitgestellten Lebensmitteln zu unterbinden und schließlich, zu welchen Preisen sie abgegeben werden sollen. Von alledem hat Herr Cuno nichts gesagt, und das bedauern wir im Interesse der großen Sache, die die Arbeiterschaft des Westens austrägt. Gewiß, man hat einen Ernährungskommissar für das neubefreite Gebiet ernannt, hat einen Verkehrsminister bestimmt und weitere Ernennungen vorgenommen, aber organisiert, wie es uns notwendig scheint, hat man im Westen noch nicht. Wo bleibt die unbedingt notwendige Zentralleitung, eine Stelle mit einem führenden Kopf, in dessen Umgebung sich die maßgebenden Referenten befinden? Der gegenwärtige Zustand, daß sich der Ernährungskommissar hier, der Verkehrsminister da, die Eisenbahndirektion Essen in Hamm und ein anderer Beauftragter der Reichsregierung noch in einem anderen Ort befinden, ist in Anbetracht der Schwierigkeiten auf der Eisenbahn und infolge der äußerst schwierigen Herstellung von Telefonverbindungen unhaltbar. Unter diesen Umständen braucht man sich nicht zu wundern, wenn wirkliche Taten ausbleiben. Und wo ist schließlich die Pressestelle im Westen, die tatsächlich sachgemäß und schnell über die Verhältnisse im besetzten Gebiet unterrichtet ist und auf Grund deren Informationen die Zentralinstanz schnell handelt kann? Mit einer Presseabteilung, wie sie in Bielefeld besteht, ist dem Abwehrkampf nicht gedient, noch weniger ist diese Instanz in der Lage, das Vertrauen der Arbeiterschaft in die Aktion zu stärken.

Der Reichskanzler hat im übrigen schöne Worte für die Landwirtschaft gesprochen, denen wir den besten Erfolg wünschen. Von einem allgemeinen Mahnruf an das Bürgertum, insbesondere an die bürgerlichen Fraktionen des Reichstags, der gerade jetzt notwendig war, hat man nichts vernommen. Herr Cuno wird davon unterrichtet sein, daß gegenwärtig im Steuerausgleich des Reichstages Verhandlungen über das Gesetz zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldentwertung geführt werden. Hier merkt man nichts davon, daß das Bürgertum die Notwendigkeit, zu opfern, anerkennt und daß, um mit Herrn Cuno zu reden, eine „Vereinfachung der Lebenshaltung“ als wirklich angebracht erachtet wird. Die erste jetzt beendete Sitzung hat weder das angeforderte sichtbare Opfer des Gesetzes gebracht, noch irgendwelche Anzeichen dafür geliefert, daß das große steuerliche Unrecht, das die Hauptwirkung der Geldentwertung gewesen ist, nur durch eine ebensolche Belastung des Besitzes ausgeglichen werden soll. Im Gegenteil, der Regierungsentwurf ist in manchen Punkten wesentlich gemildert worden, so daß die Gefahr besteht, daß der ihm verbundene Zweck, die beschleunigte Angleichung aller fälligen Steuern, nicht erreicht wird. Das ist umso bedenklicher, weil die von der Reichsbank und der Reichsregierung unternommene Stützungsaktion für die Mark am schwersten durch die trostlose Lage der Reichsfinanzen gefährdet ist. Gegenwärtig wird nur ein Bruchteil des Staatsbedarfs durch Steuern gedeckt. Fünf Sechstel der Ausgaben werden bestritten durch den Notendruck. Geht diese Entwicklung fort, so gefährdet sie die Stützungsaktion der Mark und führt zu ihrem Zusammenbruch. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, bedeutet die Haltung der bürgerlichen Parteien nicht nur eine Verschärfung des steuerlichen Unrechts, sondern eine schwere innenpolitische Gefahr.

Die Regierung und die hinter ihr stehenden bürgerlichen Parteien müssen sich klar darüber sein, daß die geschäftlichen Vorgänge nicht dazu angetan sind, die Abwehrkraft der Arbeiterschaft — und diese führt doch den Abwehrkampf — zu stärken. Das Opfer unserer Klassenossen an der Ruhr

Jeht gleiche Opfer auf jener Seite voraus, die nach eventl. erfolgreicher Abwehr bereit ist, deren Früchte zu genießen. Wo der Sinn hierfür nicht vorhanden ist, muß die Regierung nachhelfen. Sie macht sich sonst mitschuldig an dem Zerfall der jetzt noch geschlossenen Abwehrfront. Nichts mehr kann die „Nerven“ der in Abwehr stehenden Bevölkerung an der Ruhr stärken, als wirkliche Taten der Regierung. Worte vermögen nur das Gegenteil hervorzurufen.

## Die Breitscheidhege.

Die Wahrheit über das Interview.

Der Londoner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ meldet unter dem 13. d. Mts.:

Im Hinblick auf die Erregung über ein angebliches Interview des Abg. Breitscheid erscheint es notwendig, festzustellen, daß er in einer Versammlung der parlamentarischen Labour Party die Auffassung der deutschen Arbeiterschaft in der Ruhrfrage darlegte und, wie ich von prominenter Labour-Seite erfahre, durch besonnene, überzeugende Darlegung eine sehr gute Wirkung erzielte. Dieser englische Teilnehmer versichert, daß Breitscheid zwar die Möglichkeit einer Vermittlung betont, aber mit keinem Worte eine „Schwäche der deutschen Position“, behauptet und ebenso wenig erklärt habe, daß Deutschland, auch so lange die Ruhr besetzt sei, Verhandlungen eröffnen wolle, wie dies in dem allzu eifertigen Bericht der „Daily News“ über das angebliche Interview behauptet wird. Breitscheid gab in England überhaupt keine Interviews aus.

Im übrigen berichtet derselbe Korrespondent, dessen Informationen sich durch Sachkenntnis und Zuverlässigkeit auszeichnen, die vorwiegende Auffassung in England sei nunmehr die, daß im Interesse der Menschlichkeit und Europas ein baldiger Uebergang zu Verhandlungen unerlässlich sei. Dies zur Kenntnis der radikalpatriotischen Presse, die — wie heute noch die „Kreuzzeitung“ — nicht aufhört, den Genossen Breitscheid zu beschimpfen und von der „höheren Etappe“ aus unentwegt den Säbel schwingt.

## Der Reichskanzler an die Landwirte.

Die 52. Plenarsitzung des Deutschen Landwirtschaftsrats, die heute begann, fand unter dem Eindruck der Forderung des Ruhegebiets. Der Reichskanzler brachte die Sympathie der Reichsregierung für die Ruhrbevölkerung zum Ausdruck und versprach, daß die Landwirtschaft im Rahmen des Ruhegebiets mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften unterstützen werde. Die Getreidemenge müßte möglichst schnell abgeliefert werden.

### Reichskanzler Dr. Cuno

etwa 10000 das Wort und führte u. a. aus: Wieder einmal hat Zeit und Vaterland im Kampf um ihr Dasein. Es gibt keine Schicksale unseres Volkes, die nicht die ganze Schwere und keine Schwere für die Zukunft müßte. Der Kampf richtet sich gegen den französischen Imperialismus und zugleich gegen die Uebermacht und den imperialistischen Nachdruck des Feindes. Wir kämpfen unsere Rechte aus dem reinen Glauben, das wir vor unserem Volk und vor aller Welt haben, aus der Ueberzeugung, daß nicht unterworfen wurde, was uns seit als Mensch an Selbstwürde noch höher wertbar ist. Wir kämpfen für die Freiheit des Vaterlandes, das auch die Freiheit der Welt ist. Die Welt ist ein Kampfplatz, die in der Welt auf der einen Seite das Recht, die auf der anderen Seite die Gewalt. Die Welt ist ein Kampfplatz, die in der Welt auf der einen Seite das Recht, die auf der anderen Seite die Gewalt. Die Welt ist ein Kampfplatz, die in der Welt auf der einen Seite das Recht, die auf der anderen Seite die Gewalt.

### Isabere auch eine Preisfrage.

Es geht, daß Sie mit mir eine sind, daß mit dem Worte die Welt ist ein Kampfplatz, die in der Welt auf der einen Seite das Recht, die auf der anderen Seite die Gewalt.

### Rede, die mit Regierungsmitteln besetzt ist.

Der Reichskanzler hat die Rede gehalten, die in der Welt auf der einen Seite das Recht, die auf der anderen Seite die Gewalt. Die Welt ist ein Kampfplatz, die in der Welt auf der einen Seite das Recht, die auf der anderen Seite die Gewalt.

Der Reichskanzler hat die Rede gehalten, die in der Welt auf der einen Seite das Recht, die auf der anderen Seite die Gewalt. Die Welt ist ein Kampfplatz, die in der Welt auf der einen Seite das Recht, die auf der anderen Seite die Gewalt.

### Arbeiten des Reichstages.

Das deutsche Reichstages hat den Beschluß einer Sitzung über die Verhältnisse von Ruhr (24. Mts.). In dem Beschlusse des Tages und des Tages am 24. Mts. ist die Ruhrfrage in der Weise behandelt worden, die die Reichsregierung als die einzig richtige ansieht.

Die deutsche Reichsregierung hat die Rede gehalten, die in der Welt auf der einen Seite das Recht, die auf der anderen Seite die Gewalt. Die Welt ist ein Kampfplatz, die in der Welt auf der einen Seite das Recht, die auf der anderen Seite die Gewalt.

# Die Verelendung des Deutschen Proletariats.

Berlin, 16. Februar.

302. Sitzung. — Nachmittags 2 Uhr.

Der durch die neuen Soldatenausbesserungen notwendig gewordene 11. Nachtragsetat wird unverändert verabschiedet.

In der Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern bemüht sich zunächst Abg. Wulle (deutschholl.), dem schwach besetzten Haupte des Märchen vom Dolchstoß der Leute um Seering und Genossen gegen die deutsche Arbeiterschaft zur Abwehr des Ruhrinfalles glaubhaft zu machen. — Abg. Wegmann (Unabh. Soz.) sagt, in Deutschland herrsche jetzt die Diktatur der Bourgeoisie und Wulle arbeite mit den von Rußland eingewanderten Gegenrevolutionären zusammen, die jetzt den Kurpfülendamm bedürfen.

Abg. Dr. Moses (Soz.):

Unsere Debatten stehen unter dem Zeichen der Ruhrinvasion, wodurch eine Reihe anderer Probleme unerörtert bleibt. Ich möchte die Welt auf die Gefahren hinweisen, die ihr durch den Zusammenbruch der deutschen Volksgesundheit drohen. Bei uns geht das Hungersterben im wahren Sinne des Wortes um. Hier diese Tatsache täuschen keine Beschlönigungen hinweg. Wir dürfen nicht wieder, wie im Kriege, dem Volke die Wahrheit verschleiern und wir warnen daher die Regierung, die Dinge solcher Art nicht zu lassen, als sie sind. Der Düsseldorfener Regierungspräsident hat vor einigen Tagen ausdrücklich erklärt, daß ihm die Lebensmittelversorgung größte Sorge mache. Wir müssen in den Vordergrund unserer Betrachtungen die Menschenökonomie stellen. Von da aus müssen wir auch das Ruhrproblem prüfen. Ich habe schon gesagt, daß im deutschen Volke das Hungersterben umgeht, das langsame Dahinsinken infolge der dauernden Unterernährung. Hunger ist für uns Leute keine krankhaft konzentrierte Krankheit, und darum stirbt auch heute in Deutschland niemand offiziell an Hunger. In Berlin werden 128 500 Kriegsbildkinder und Altersrentner, 128 000 Kriegs- und Altersrentner-Hinterbliebene, 25 000 Altersrentner, 44 000 Sozialrentner mit weniger als 1500 Mk. Monatseinkommen, 8000 bedürftige Altersrentner und eine ständig wachsende Zahl Erwerbsloser unterhalten. Alle diese Menschen leiden unter Hunger! Der Milchverbrauch ist in Berlin von täglich 1,4 Millionen Liter in der Vorkriegszeit auf kaum 300 000 Liter zurückgegangen. Der unrichtige Mangel der Volksgesundheit, die Tuberkulose, hat wieder den Stand des jährlichen Kohlrübenwinters 1916/17 erreicht. Selbst der überwundene Storbau ist wieder in Deutschland vorhanden.

### Wir stehen mitten in den Hungerkatastrophen!

Die Folgen der Milchsteuerung müssen katastrophal sein. Deutschland zeigt sich das bereits an der großen Zahl der rachitischen Kinder, die im Wachstum zurückbleiben, hungern und sterben und ohne ein Hand auf dem Leibe in die Schule gehen. Die Schulärzte sollten einmal unvermutet die Schulen besuchen, sie würden dann ein ganz anderes Bild vom dem Zustand der Gesundheit und der Kleidung unserer Kinder bekommen. Wenn die Revisionen vorher angefordert sind, wird das Kind von der Mutter sorgfältig gewaschen und herausgeputzt, jedoch der Arzt kein richtiges Bild von den sozialen Zuständen bekommt. Unter den Konfirmanten zeigen sich in erschreckendem Maße Mangelerscheinungen, weil die durch Unterernährung geschwächten Kinder sich nicht mehr tragen können. In einzelnen Schulen hat sich ergeben, daß 20 Proz. der Kinder verlaugt sind. In Glatz hatten von 32 Kindern 123 kein Hemd und 466 nur ein einziges Hemd. In Sennberg waren von 1343 Kindern 998 ohne Schuhe; 536 fehlten eine nur sehr mangelhafte Bekleidung. Aus Einbindeanstalten hat man junge Mütter entlassen, die ihre Säuglinge aus Mangel an Nahrung in Zeitungspapier einwickeln wollten. Der Herausgeber der „Daily News“, der in Deutschland Studien gemacht hat, sagt: „Es ist eine Tragik, heute als deutsches Kind geboren zu sein.“

In der Ruhr hat die Arbeiterschaft zum Hauptteil den Abwehrkampf zu führen. Hoffentlich bleibt das in Deutschland unergelben, hoffentlich unterbleibt in Zukunft auch die gewöhnliche Anspaltung der Arbeiter bei Streiks. Eine große Gefahr ist die Verelendung der Geschlechtskränkheiten. Wie glaubt man, werden bekämpfen zu können, die etwa im letzten Gebiet ausbrechen? Was das Notgesetz in dieser Beziehung vorzuziehen, ist nicht einmal weiße Sahne. Man hört, daß der Reichskanzler Dr. Cuno von der wichtigsten Funktion der Dreslauer Universität zum Ehrenfaktor freigestellt worden ist. Hätte mir der Doktorand Cuno diesen Entwurf des Notgesetzes als Vorschlag zur gründlichen Bekämpfung der Unglückszustände vorgelegt, ich hätte ihn als Examinator ohne Gnade durchfallen lassen. Nach einem Bericht des „Rein“ haben die Mitglieder der Reparationskommission von Berlin den Eindruck mitgenommen, daß man dort herzlich und in Frieden lebt, daß in den Augustalalen, wo die Plätze 4—500, heute 50—100 000 Mk. kostet, schwer ein Platz zu finden ist. Dieses Schlemmerleben in Deutschland, an dem nicht nur Ausländer, sondern auch Deutsche beteiligt sind, wird im Ausland gegen uns ausgeübt. Auch die deutsche Presse trägt ein gerades Maß von Schuld an diesen Zuständen. Vor einigen Wochen fetierte der Schwergemischtemeister der Borer Freirentner seine Hochzeit, bei welcher Gelegenheit ihn die deutsche Presse als nationalen Helden fetierte. Der „Lokal-Anzeiger“ hat gesagt: „Wir wollen mit dem deutschen Volke die Hochzeit dieses blonden Kleinkindes Hans Breitensträter feiern.“ Dem „Lokal-Anzeiger“ mag das entsprechen, Holzbock über dem Strich und Holzbock unter dem Strich! Aber auch ein anderes Blatt wie der „Berliner Börsen-Courier“, brachte fast eine Spalte über die Hochzeit Breitensträters. Und das alles in einer Zeit, wo über die Not der Presse geklagt wird. In München wird genau so gefeiert wie in Berlin. Man sieht aufgebaute sensationell zugespitzte Berichte aus dem Ruhrgebiet, ganz nach dem Muster der Kriegsberichterstattung. Das Aergste ist, daß die deutsche Arbeiterschaft mit ihrem Aufjuch: „Keine Hilfe für Belgien und Franzosen!“ Das ist Unkultur und Barbarei, gegen die wir doch gerade jetzt vor aller Welt protestieren. Die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets rüft von solcher Kampf-

methode weit ab. Sie will keine nationalistische Verheerung, Herr Maurenbrecher regt sich in der „Deutschen Zeitung“ darüber auf, daß in den deutschen Schulen noch französisch gelehrt wird. Man sollte den Kindern statt der französischen Grammatik lieber Gemehr und Säbel in die Hand geben! Herr Rebus empfiehlt in der „Staatsbürger-Zeitung“ fogar, Pest- und Cholerabazillen unter den Franzosen zu verbreiten. Das ist der Gipfel nationalstischer Hebel! Der Reichskanzler hat gesagt: Wir werden die schwere Zeit nur überwinden, wenn jeder sein Letztes regibt! Nun, der Worte sind genug gewechselt, die deutsche Arbeiterschaft will endlich Taten sehen. (Lebhafte anhaltender Beifall bei den Soz., die die eindrucksvolle Rede wiederholt durch lebhafteste Beifallsstundgebungen unterstützt hatte.)

Reichsminister des Innern Deser:

Der Vordröner hat uns in sehr eindringenden Worten ermahnt, in diesen Tagen immer an die ganze Schwere unserer Lage zu denken. Dieses Wort ist auch für mich an dieser Stelle. Wir alle haben die Empfindung, es wäre an der Zeit, wenn wir uns alle dem Wiederaufbau unseres Landes, unserer Wirtschaft und der Volksgesundheit widmen könnten. Aber die Möglichkeit dazu hängt nicht von uns ab, sie wird fast täglich zerstört durch die Einbrüche, die von außen her sich in unseren inneren Verhältnissen so lebhaft und zerstörend bemerkbar machen. Solange Heberkämpfe schwerer Art eintreten, die in allererster Linie eine Abwehr nach außen erfordern, solange ist es unmöglich, die volle Kraft der Regierung und des Volkes den inneren Zuständen zuzuwenden. Was Herr Moses über die Volksgesundheit gesagt hat, ist leider richtig. Ich kann nicht in Aussicht stellen, daß ich bei der Bekämpfung des Kapitels Volksgesundheit das erkrankende, fürchterliche, niederstimmernde Gemälde aufstellen könnte, ich fürchte vielmehr, ich werde es noch dunkler erscheinen lassen müssen. Eine Besserung dieser Zustände ist durch kein Notgesetz möglich. Das Schwergewicht der Verhältnisse, unter denen wir leiden, macht es uns möglich, eine Sanierung des Volkes in dem Umfang herbeizuführen, wie es notwendig wäre.

Vor zwei Tagen hat der Abg. Schumann darauf hingewiesen, daß mir alle an der Abwehr an der Ruhr beteiligt sind, nicht nur die Arbeiter, die Angehörigen und Beamten, sondern die ganze Bevölkerung. Es zeigt sich in diesem Vorgehen eine ungemein erfreuliche Erstarbung des Staatsgedankens in Deutschland, die auf allen Seiten mit Freude begrüßt werden sollte. Früher haben sich bei diesem Etat die lebhaftesten Kämpfe um den Staatsgedanken abgepielt, in diesem Jahre haben wesentliche Parteien erklärt, daß der Staat, wie er ist, auch von jener Seite verteidigt werden wird, und das ist ein Fortschritt, an dem wir nicht vorübergehen können. (Sehr laut!) Der Artikel 18 der Reichsverfassung war ein stark bekräftigter Artikel. Ich darf feststellen, daß er tatsächlich außer Wirksamkeit gesetzt worden ist. Man kann sagen, daß im Augenblick der Gedanke der Erhaltung der Einheit des deutschen Reiches, ohne die wir alle verloren sind, alles befristet. Die demokratische Republik hat eine Fülle von Segen verbreitet, von der deutschen Republik geht ein Strom von Segen aus. Daß dieser Segen nicht ausreichend und nicht überall in gleichem Maße hinströmen kann, liegt eben an der Zerrüttung der Zustände, in denen wir uns befinden. Ich halte es für meine Pflicht, ohne Nervosität, objektiv und gerecht über die Verfassung der Verfassung zu sprechen. Auf dem Gebiete der Verhältnisse zwischen Reich und Ländern hat eine Reihe von Schwierigkeiten die Sie alle kennen. Selbstverständlich hat mit in erster Linie die Interessen des Reiches zu dienen und sie wahrzunehmen, aber andererseits muß der Reichsminister des Innern bereit sein, die Spähre, die den Ländern schweben ist, zu öffnen und Differenzen auszugleichen. Dieser Ursache bin ich nachgegangen, ich habe in einer Reihe von Fragen den Versuch des Ausgleiches gemacht. In den letzten Jahren und in den letzten Jahren sind die Verhandlungen noch nicht voll zum Abschluß gebracht. Wir haben aber Entgegenkommen gefunden. Zu dem kurz vor dem Münchener Parteitag der Nationalsozialisten herausgegebenen Erlaß des Reichsverkehrsministers, der die Bekämpfung der in Trümpfen aufstehenden Mitglieder der Partei, die Anwesen, bestimmte politische Absichten, z. B. die Bildung von Freikörpern zu haben, verbot, ist zu sagen, daß die Dinge doch nicht so liegen, daß das Reich alles geben lassen muß. Sollte man ruhig zusehen, bis die von den Hausen angeforderte Aktion gemacht wurde, bis vielleicht im Ruhrgebiet ein Butsch verübt würde, der unter den ohnvermeidlichen Umständen nur zum Schaden des Reiches ausfallen könnte? Der Erlaß des Verkehrsministers war durch die damalige politische Situation bedingt. Kirchenrechtliche Fragen werden in der Regel nach dem nicht immer ganz klaren und einfachen Vordereinstimmig entschieden. Wir werden doch noch ein Reichsgericht nötig haben, das alle diese Fragen reakt. Von den unpolitischen Beamten müssen wir verlangen, daß sie sich unbedingt auf den Boden des heutigen Staates stellen. Die politischen Beamten haben auf dem Boden der Republik zu stehen. Es handelt sich hier nicht um einen Kampf des Bekenntnisses, um innere Heberkämpfe, sondern darum, daß in verlässlicher und niedriger Weise die Republik und ihre Abzeichen beschützt werden und da ist es Pflicht jeder Regierung, mag sie heißen, wie sie will, gegen eine derartige Untergrabung des Staates auf das Schärfste einzutreten. Ueber die grundlegenden Fragen des künftigen Beamtenrechts habe ich mit den Organisationen verhandelt. Der Entwurf eines Disziplinargesetzes ist ausgearbeitet und der über die Abfindung der weiblichen Beamten ist in Vorbereitung. Mit einem Dank an alle, die an der Ruhr und am Rhein, in Baden und in der Pfalz die Abwehrkämpfe führen, und mit der Versicherung, daß die Reichsregierung, soweit es irgend möglich ist, alle Schäden mildern wird, schloß der Minister unter dem Beifall des Hauses.

Abg. Waldenbauer (Dp.) bemerkt zu dem Vertrag der Berliner Union und Sodafabrik mit den Franzosen, daß er während gekommen sei zu einer Zeit, als eine Verständigung mit Frankreich noch möglich erschien und daß sein Zweck sei, der deutschen Landwirtschaft zu nützen.

Es erwidert sich dann noch über den Vertrag der Union und Sodafabrik mit den Franzosen eine längere Debatte, an der sich in der Hauptfrage die deutsche nationale und kommunale beteiligen, ohne daß irgend welche neue Ergebnisse gezeitigt werden. Um 7 Uhr abends verläßt sich das Haus auf Dienstag 2 Uhr.

## Zum Attentatsplan auf Auer.

München, 15. Februar.

In dem brachstüchtigsten Attentat gegen den Abg. Auer erfahren die „Münchener Neuesten Nachrichten“ nach folgendes: Der Oberstadtkämmerer gehend bei der Vernehmung den gepannten Auftrags zu. Er ist nicht an den Gedanken verfallen, Auer zu vergiften. Als er die Unmöglichkeit der Ausführung dieses Planes erfaßt, habe er sich entschlossen, Auer zu erschlagen. Er wollte nach jenem Gefährdars Auer unter einem Vorwand in seinem Bureau anrufen und dort den Schlag ausführen. Seine Festnahme erfolgte auf Anordnung der München-Polizei in Kompen, von wo er nach München eingeliefert wurde. Der politische Stammlich, dessen Mitglieder vor dem Plan waren, trug den Namen Trendelenburg. Der Vorstand ist ein Maschinenbauingenieur. Es ist ein Mann, der sich jeweils unter gerade modernen politischen Richtung angeschlossen.

## Die Betriebsrätenwahlen.

Infolge der durch den Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet gedachten Lage wird es unmöglich sein, die nötigen Betriebsrätenwahlen im Ruhrgebiet durchzuführen. Da mit Neuwahlen kaum zu rechnen bleibt, ist es angebracht, von Vorbereitungsausschüssen Abstand zu nehmen. Wie uns mitgeteilt wird, ist der Reichs- u. Staatskommissar Mehlisch von der Regierung beauftragt, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften die Angelegenheit endgültig zu regeln.

## Ueberstunden.

Im Steinkohlebergbau leisten jetzt die Belegkassen arbeitsmäßig im Hinblick auf ihre regelmäßige Schicht eine Überstunde, um in ihrem Teil den durch den Einbruch in das Ruhrgebiet verurteilten Kohlenausfall zu ersetzen. Die Steinkohlebergbau ist ein hochwertiges Spezialprodukt, das namentlich für die Versorgung von Handwerk und Landwirtschaft erhebliche Bedeutung hat.

# Französische Scharfmacher.

Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß die französische Regierung das Ruhrgebiet nur in der Hand haben will, um Deutschland bei direkten Verhandlungen gefügiger zu machen. Die französische Regierung rechnet mit Bestimmtheit darauf, daß es ihr gelingen wird, das Ruhrgebiet als „produktives“ Pfand auszubuten. Wenn auch alle Maßnahmen, um Kohle aus dem Ruhrgebiet herauszuschaffen, bisher an der bewundernswerten Haltung der Arbeiterschaft gescheitert sind, so ist die französische Regierung sicherlich heute noch fest überzeugt, daß es ihr gelingen wird, den Widerstand der Ruhrarbeiter zu brechen.

Die französische Regierung hat offenbar damit gerechnet, daß zunächst ein Generalstreik der Ruhrarbeiter ausbrechen wird. Sie rechnet auch weiter damit, und sie rechnet, daß ein solcher Streik nur von kurzer Dauer sein kann, daß er mit den in Frankreich üblichen Mitteln niedergeschlagen werden und daß dann die Ruhrbevölkerung zermürbt und gefügig gemacht sein wird. Alle Maßnahmen, die von den französischen Besatzungsbehörden getroffen werden, sind darauf angelegt, die Arbeiterschaft zu provozieren, sie gewissermaßen aus ihrer passiven Resistenz herauszulösen und zu einer Aktion zu verleiten, bei der die Besatzungsbehörden auf die stegreiche Durchschlagskraft der Tanks und Maschinengewehre rechnen. Darin besteht eine ungeheure Gefahr für die Ruhrarbeiterschaft, und es ist deshalb notwendig, dieses in Frankreich traditionelle System der Streikunterdrückung zu beleuchten und die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes zu warnen. Es ist aber auch nötig, die gesamte Kulturwelt zum Zeugen aufzurufen gegen das brutale System der angeblichen friedlichen Besetzung.

Aus der blutigen Reihe der mit Gewalt unterdrückten französischen Streiks wollen wir nur einige als Beispiel herausgreifen: Es war im Jahre 1908, als in einem Vororte von Paris ein großer Bauarbeiterstreik stattfand. Die Bauarbeiter wurden mit den üblichen Mitteln provoziert. Angestellte Lohndrücker, die sich als Streikführer ausgaben, wurden verhaftet, das Versammlungsrecht der Streikenden wurde aufgehoben. Zum Protest erklärte das Pariser Gewerkschaftsstatut einen 24stündigen Generalstreik und beschloß, in jenem Ort, wo sich das Zentrum des Streiks befand, Villeneuve St. Georges, zu demonstrieren. Das war es, was die französische Regierung und der damalige Ministerpräsident Clemenceau wollten. Ungeheure Truppenmassen waren angefannt, und als die Pariser Arbeiter kamen, wurden sie durch Kavallerieattaken auseinandergesprengt. Die Arbeiter versuchten sich zur Wehr zu setzen, und es kam zu der üblichen Schießerei, die einer Anzahl Menschen das Leben kostete. Der Streik war erledigt.

Ein anderes Beispiel: Nach dem Kriege nahmen die französischen Gewerkschaften einen ungeahnten Aufschwung. Dieser Bewegung mußte das Rückgrat gebrochen werden. Wie weit dabei Lohndrücker sich betätigt haben, läßt sich heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Jedenfalls war es den Kommunisten gelungen, sich der Leitung des französischen Eisenbahnerverbandes zu bemächtigen. Und nun begann das alte Spiel. Unter nichtigen Vorwänden wurden einige Maßregelungen vorgenommen, es erfolgte der Generalstreik der Eisenbahner, dann die Verhaftung des Streikkomitees, schließlich der allgemeine Generalstreik. Das Resultat war, daß der französischen Gewerkschaftsbewegung das Genick gebrochen war. Bis heute haben sich die französischen Gewerkschaften von dieser Niederlage noch nicht erholt.

Typisch für das französische System ist die Verurteilung des früheren Innenministers Malvy zu fünfjähriger Verbannung. Er war angeklagt, „die Interessen Frankreichs verraten zu haben“. Malvy war bekanntlich Innenminister bei Ausbruch des Krieges und war es auch einige Jahre geblieben, bis er der konzentrierten Heße aller Scharfmacher zum Opfer fiel. Malvy hatte es abgelehnt, bei Ausbruch des Krieges die Gewerkschaftsführer verhaften zu lassen und hatte sich während des Krieges stets bemüht, die Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern durch Verhandlungen beizulegen. Er hat sich nicht gehütet, unter Umständen einen energischen Druck auf die Unternehmer auszuüben und diese zum Nachgeben zu zwingen. Bei den Verhandlungen

vor dem Staatsgerichtshof marschierten eine Reihe von Unternehmern auf, um gegen Malvy zu zeugen. Sie erzählten entrüstet, wie Malvy freundschaftlich mit den Arbeitern verkehrt habe und wie er mit ihnen selbst dagegen scharf ins Zeug gegangen sei. Man kann wohl sagen, daß die schließliche Verurteilung Malvys gerade durch diese Aussagen der Unternehmer herbeigeführt worden ist.

1834, 1848, 1871, 1891 sind die blutigen Marksteine in dieser Tradition der Streikunterdrückung. Diese Tradition soll jetzt im Ruhrgebiet fortgesetzt werden. Wie man die Lohner Selbstenweber 1834 mit Waffengewalt niederschlug, obwohl sie weiter nichts wollten als „arbeiten und leben“, wie man 1848 die Pariser Arbeitslosen, die auch nichts weiter verlangten als eine „Organisation der Arbeit“, niedertrattete, wie man 1871 die Pariser Arbeiter in einen Lustland hineintrief, um sie für Jahrzehnte aktionsunfähig zu machen; wie man 1891 jenes Blutbad unter den Arbeitern von Journies anrichtete, um die Achtstundebewegung zu erstickern; so wird man jetzt im Ruhrgebiet die westfälischen Arbeiter mit Maschinengewehren gefügig machen wollen.

Die Verhaftungen, die vereinzelt Schießereien zeugen von der Absicht, das französische Regierungssystem bei unbehaglichen Streiks auch im Ruhrgebiet zur Anwendung zu bringen. Auch Lohndrücker sind schon an der Arbeit, bewußte und unbewußte. Die Forderung der Union der Hand- und Kopfarbeiter, aus Solidarität mit den streikenden Saarbergarbeitern im Ruhrgebiet einen Generalstreik der Bergarbeiter auszurufen, ist nichts anderes als eine zweifelhafte unbewußte, aber nichtsdestoweniger bestellte Lohndrückerarbeit. Herr Daumes, der Abgeordnete der Interalliierten Kontrollkommission im Ruhrgebiet, der mit anderem Genossen Herrmann eine „rein private Aussprache“ hatte, ließ ja in jener Unterredung deutlich genug durchblicken, wohin er zielte. Er meinte u. a., es könne der Organisation nur erwünscht sein, die Kräfte ihrer Mitglieder für einen politischen Streik unverbraucht zu erhalten.

Das also ist das System der friedlichen Ingenieurkommission, die man angeblich zur Kontrolle der Produktion nach dem Ruhrgebiet geschickt hat. Die Welt muß wissen und muß sich darüber aussprechen, daß die französische Regierung im Ruhrgebiet auf ein Blutbad unter einer friedlichen, arbeitssamen Bevölkerung mit systematischer Raffinerie hinarbeitet. Durch fortgesetzte Provokationen soll die Bevölkerung in Wut versetzt werden, durch die Abschneidung des Ruhrgebietes, durch die erzeugte Arbeitslosigkeit, durch die Erschwerung der Lebensmittelaufuhr, durch die Störung des ganzen Wirtschaftsbetriebes soll die Arbeiterschaft zu Verzweiflungsausbrüchen getrieben werden.

Wir rufen insbesondere die französische Arbeiterschaft und die französischen Gewerkschaften zum Zeugen auf. Sie kennen das System, sie sind leider nur zu oft dessen Opfer gewesen. Wir wissen, daß insbesondere die französischen Gewerkschaften gegen die Ruhrpolitik der französischen Regierung von Anfang an mit Energie protestiert haben. Sie haben von Anfang an auf die blutige Gefahr hingewiesen, die durch die Ruhrbesetzung heraufbeschworen wird. Unsere französischen Kameraden wissen ganz genau, daß die Arbeiter der Ruhr wie das übrige Deutschlands keine Waffen haben. Sie wissen, daß insbesondere die Ruhrarbeiter die schärfsten Gegner aller militärischen Gewalttaten sind. Die Gefahr des Blutvergießens kann also unmöglich von der friedlichen und waffenlosen Ruhrbevölkerung kommen. Wenn die französische Regierung jede Schießerei dadurch zu entschuldigen sucht, daß sie behauptet, es hätte Gefahr für die bewaffnete Macht bestanden, so ist das mehr widerwärtige Heuchelei als Lächerlichkeit.

Es genügt aber nicht, daß die französische Arbeiterschaft, daß die Arbeiterschaft der ganzen Welt gegen die französische Gewaltpolitik protestiert. Die französische Regierung will den friedlichen, aber entschlossenen Widerstand einer vergewaltigten Bevölkerung durch ein Blutbad niederschlagen. Jetzt ist es Zeit, es ist sogar die höchste Zeit, daß die Regierungen aller Länder der französischen Regierung zu verstehen geben, daß die gesamte zivilisierte Welt die französische Ruhrpolitik als ein Verbrechen an der Menschheit verurteilt.

# Kommunisten und Weimarer Verfassung.

Tagelang hat die „Rote Fahne“ es vorgezogen, über das Ergebnis der Berliner Funktionärverammlung zu schweigen. Während sie in jeder Nummer der stauenden Mittelwelt veröffentlicht, daß die Sozialdemokratie „bankrott“ sei, mußte Heinrich Brandler vor den Berliner Funktionären gestehen:

„Die politischen Gegensätze scheinen mir größer zu sein, als das auf dem Parteitag zum Ausdruck gekommen ist, freilich nicht so groß, daß sie den Rahmen der Partei sprengen.“

Aus solcher Einschätzung der eigenen inneren Lage in der SPD ist es auch wohl zu erklären, daß die „Fahne“ der Defektheit die gesamte Diskussion unterläßt und sich damit begnügt, zu bemerken, man habe sich mit Brandlers Prozeß beschäftigt, was ja nun allerdings auch ein interessanter Diskussionsstoff ist. Die famose Verteidigungsrede, die Brandler seinerzeit hielt, um sich reinzuwaschen, wurde auf Mostaus Beizeiben eingestampft. Warum eigentlich? Das versteht man nicht recht, denn jenseits Brandler als Vertreter der Zentrale ganz offiziell:

„Es ist nicht unkommunistisch, die demokratischen Möglichkeiten auszunutzen, es ist sogar in der Theorie möglich, daß eine Arbeiterregierung, die noch nicht die Kraft hat, die Weimarer Verfassung zu zerreißen, im Rahmen dieser Verfassung, durch die Organe der Arbeiter, die Sachwerte erfährt.“

Angesichts solcher Entdeckungen der offiziellen kommunistischen Führer sieht man sich allerdings an den Kopf. Wozu dann dauernd der Lärm und das Geschrei gegen die Sozialdemokraten. Ruth Fischer erklärt deshalb auch Brandler gegenüber sehr prompt:

„So wie Brandler haben alle Automaten in den Jahren 1918/19 gesprochen. ... Es gibt keine „Demokratie“ an sich, keine Ausnutzung des Staatsapparates. Es gibt nur Diktatur der Bourgeoisie oder des Proletariats. ... Stellen wir die Frage so (wie Brandler), dann unterscheiden wir uns in nichts von der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten gehen doch in die Koalition, um „von innen heraus“ Kämpfe einzuleiten. So stärken wir nur die sozialdemokratischen Illusionen und zerstören sie nicht.“

Die Bauernschaft, mit der Brandler für die Zentrale den Übergang von Agitationsphrasen zu praktischer Politik vorbereiten wollte, verfiel bei den „Massen“ nicht. Die „Sonnenschein“ unterlagen. Beinahe einstimmig nahmen die Funktionäre eine Entschleunigung an, die sich zur Politik der Opposition bekennt und die Organisation verpflichtet mit allen Mitteln für die Durchsetzung dieser Politik in der Gesamtpartei zu wirken. Unsere Voraussetzung, daß der mit dieser Auseinandersetzung eingeleitete Prozeß erst begonnen habe, ist also vollkommen bestätigt. Es bleibt abzuwarten, wie diese Entwicklung in der kommunistischen Partei sich weiter vollziehen wird. Mit der Zeit können die Gegensätze ihrer ganzen Natur nach nur zunehmen.

## Schischerin über den Ruhrkonflikt.

Romano, 14. Februar.

Ueber den augenblicklichen Stand des Ruhrkonfliktes veröffentlicht Tschischerin in der halbamtlichen russischen Presse folgende Auslassung: Der Angelpunkt nicht nur in der Ruhrfrage, sondern auch in dem noch immer nicht gelösten Orientproblem ist der Stand der jetzigen englisch-französischen Beziehungen. Der heute offen zutage tretende scharfe Gegensatz zwischen England und Frankreich spiegelt sich wieder in zahllosen Formen in allen Fragen der Weltpolitik, im Westen sowohl wie im Osten. Vor diesem Gegensatz tritt tatsächlich zurück der deutsch-französische Streit in der Reparationsfrage und in ihren Nebenerscheinungen. Was die russische Politik anbetrifft, so werden auch ihre Schritte von der Entwicklung des englisch-französischen Antagonismus abhängen.

# Belle-Plante und Cornelius.

Roman von Claude Tillier.

27. Fortsetzung.

„Guter Mann,“ sprach Luise, „wie teuer wollt Ihr uns Euren Hecht verkaufen?“

„Ach, Fräulein,“ antwortete der Fischer, „mein Hecht ist nicht zu verkaufen, ich muß ihn verschewern; ich trage ihn zu Herrn Belle-Plante.“

„Jemandem etwas schenken, der reicher ist als wir selbst, ist unter allen Lorenstücken der lächerlichste.“

„Es ist kein Lorenstück meinerseits,“ sagte der Fischer. „Herr Belle-Plante hat mir achtzig Frank geliehen und hat sich außer den Zinsen noch einen Hecht ausbedungen.“

„Ich weite,“ sagte Luise, „daß er zum mindesten zwanzig Frank Zinsen auf die achtzig Frank, die er Euch geliehen hat, nimmt.“

„Verzeihung, mein Fräulein, Herr Belle-Plante ist ein guter Mann, er nimmt von mir nur fünfzehn Frank.“

„Der Jude!“ rief Cornelius. Fünfzehn Frank und ein Hecht für achtzig Frank. Luise, gib dem Manne sechs Frank, wir kaufen keinen Hecht.“

„Ich könnte ihn Euch nicht für zwölf Frank lassen, lieber Herr; was abgemacht ist, ist abgemacht und wenn ich diesen Hecht nicht gefangen hätte, hätte ich einen auf dem Fischmarkt kaufen müssen.“

„Ich sage dir aber,“ rief Cornelius, indem er ihm den Hecht aus den Händen nahm, „daß ich deinen Fisch kaufe.“

„Aber noch einmal, Herr, es ist unmöglich!“

„Und ich sage dir, daß es möglich ist und daß es sogar wirklich ist. Luise, gib dem Manne sechs Frank.“

„Aber Schatz ...“ sagte Luise.

„Es gibt kein Aber, liebe Luise; ich werde nicht dulden, daß der Sohn meines Vaters derartige Unwürdigkeiten begeht. Was willst es, daß ich von meiner Seite daran arbeite, unseren Namen berühmt zu machen, wenn er von keiner Seite sich bemüht, ihn in den Schmutz zu ziehen.“

„Aber,“ sagte der Fischer, „Sie werden schuld sein, daß Ihr Bruder mir Kosten macht.“

„Ich stehe für alles,“ sagte Cornelius. „Geht zu Belle-Plante, sagt ihm, daß ich Euch Euren Hecht abgenommen habe und daß er zur Mutter Simone kommen soll, um ihn von mir zu erlangen. Im übrigen beunruhigt Euch nicht.“

„Da Sie es denn absolut wollen,“ sagte der Fischer, „aber ich muß Ihnen drei Frank zurückgeben.“

„Nein,“ lautete Cornelius, „denn Hecht ist sechs Frank wert und

wir kaufen ihn nicht für einen Heller weniger. Nicht wahr, Luise?“

„Ja, Schatz,“ erwiderte Luise.

Und sie gingen mit dem Fischer zum Dorf zurück.

Am nächsten Morgen suchte Belle-Plante in der Tax Cornelius auf.

„Schön,“ sagte dieser, als er ihn sah, „der Bauer scheint meiner Listroge ausgerechnet zu haben. Wartet wir ein wenig ab, was der Kerl uns sagen wird.“

„Ja,“ begann Belle-Plante, „es scheint, Gelehrter, daß du dich gestern mit Gewalt eines Hechtes bemächtigt hast, der mir gehört.“

„Der dir gehört!“ sagte Cornelius und zuckelte seine schwarzen Brauen wie Jupiter, wenn er den Himmel erzittern lassen wollte.

„Jawohl, der mir gehört! Verstehst du, Gelehrter? Und wenn du mir ihn nicht sofort zurückgibst, so werde ich den Herrn Amtmann etwas von der Sache erzählen.“

„Und ich auch, Knechtsgang! Ich könnte dem Herrn Amtmann auch etwas davon erzählen. Weißt du nicht, daß der Wucherer ein Verbrechen in den Augen des Gesetzes ist?“

„Das glaubst du?“ sagte Belle-Plante.

„Ja, das glaube ich und wenn ich Richter wäre, würde ich gegen den Wucherer nicht mehr Nachsicht üben als gegen den Erbsenräuber. Der Wucherer ist in meinen Augen der schändlichste und jeigste aller Diebstahle. Wenn ein Mann im Walde Euer Geld oder Euer Leben verlangt, so könnt Ihr ihm mit einem Faustschlag antworten oder ihm durch die Flucht entkommen; wenn ein Dieb in Euren Schreibbüch einbrechen will, so könnt Ihr Euer Geld mit einem Sicherheitskloß vor keinen Angriffen schützen. Aber wie soll man sich gegen den Wucherer schützen? Er preßt Euch die Gurgel zwischen den eisernen Schnüren seiner Börse zu.“

„Das ist sehr schön gesagt,“ spöttelte Belle-Plante; „aber jag mir doch, Gelehrter, heißt denn sein Geld auf Zinsen leihen etwas anderes als es vermieten? Gut, nehmen wir an, daß ich ein Haus für dreihundert Frank kaufe und es für hundert Frank vermiete, so wird niemand etwas dazwischen finden. Man wird mich im Gegenteil als einen gewissenhaften Mann rühmen. Weshalb würde man es also kühnlich finden, wenn ich eine Summe von achtzig Frank für fünfzehn Frank und einen Hecht vermiete? Macht der Kaufmann, der fünfzig Prozent auf seine Waren aufschlägt, es nicht noch schlimmer als ich? Was ich tue, tut alle Welt. Ich habe einen Krebs, an dem ich sterben muß und von dem der Arzt allein mich durch seine Operation befreien kann; wenn ich mein Leber retten will, muß ich mich an ihn wenden; trotzdem nimmt er mir dreitausend Frank für fünf oder sechs Messerschnitte ab. Jener große Doktor, der König der Phrasen, dies Mutter von Redlichkeit, dem ich den Schatz meiner Ehe und meines Vermögens anvertraute, wird von mir drei- oder vier-

tausend Frank für eine oder zwei Stunden seiner Neben ver-lapen. Der Priester, von dem ich das Sakrament der Ehe er-halte, läßt mich hundert Frank für einen päpstlichen Dispens bezahlen, der auf einem halben Blatt Papier Platz hat.“

„Aber dieser Hecht, Unglücklicher! Dieser Hecht, den du noch über die übermäßigen Zinsen hinaus verlangst, willst du auch diese Erpressung rechtfertigen?“

„Das ist die Kommissionsgebühr des Bankiers. Ich würde sehr einfüßig sein, mich dessen zu enthalten, was alle tun. Auch kannst du mir glauben, daß ich es nie unterlasse. Wenn ich einem Jäger leihe, schuldet er mir drei oder vier Hafen, je nach der Summe; wenn es ein Schuhmacher ist, lasse ich mir ein paar Schuhe geben und ich versichere dir, daß er mir gute gibt. Wenn es eine alte Frau wäre, die nur eine Henne im Stall hat, so würde ich eine Mandel Eier verlangen.“

„Fenster!“ schrie Cornelius, „und du willst mein Bruder sein? Steh zu, ich will dir eine Idee von der Lage geben, in der ein Unglücklicher sich befindet, den die Not zum Wucherer treibt.“

Er hielt seine Bürste, die mit Firnisöl getränkt war, in der Hand und fuhr damit Belle-Plante zwei- oder dreimal über das Gesicht.

„Ja, Verbrecher!“ schrie Belle-Plante, der kaum seine anein-ander liegenden Lippen öffnen konnte, „zu Hilfe, Mutter Simone, zu Hilfe, Herr Maire! Er hat mich vergiftet, erstickt, verkleinert, er hat mein Leben um mehr als zehn Jahre verkürzt. Er barmen!“ Ich glaube, daß es mir bis in den Himmelsboden läuft.“

Luise war gerade bei der Mutter Simone; sie kam auf Belle-Plantes Geschrei herbeigeläufen, da sie glaubte, daß die beiden Brüder sich an der Gurgel hätten. Aber beim Anblick Belle-Plantes, der ansah, wie ein aus der Pjanne gezogener Sträfling, brach sie in helles Gelächter aus. Diese Heiterkeit vermehrte noch Belle-Plantes Wut.

„Dir werde ich es wieder eintränken, Cornelius,“ schrie er; „du wirst von mir hören, Fernmeister! Der Herr Amtmann wird mit dir reden, du Lump! Wir werden sehen, ob du das Recht hast, einen Mann anzufressen, wie ein Schwein, und ihm noch dazu sein Hemd zu beschmugen.“

„Sehe dich,“ sagte Cornelius, „und höre zu. Um dieses Deu zu entfernen, bedarf es einer chemischen Zubereitung, die weder in Armes noch in Clamecy jemand kennt. Ich allein kann dich von diesem Anstrich befreien und ich werde ihn auf deinem Gesicht lassen, bis du dem Mann mit dem Hecht alles zurückgegeben hast, was du ihm über die gesetzlichen Zinsen hinaus abgenommen hast. Jetzt richte dich ein, wie du willst. Jetzt stehe ich an Stelle des Wucherers und du an Stelle des Wunders. Ich bemerke dir über-gens, daß du nicht gezwungen bist, die Bedingungen anzunehmen, die ich dir ansetze.“

Fortsetzung folgt.

**Ämtlicher Teil**

Der Senat hat den Landgerichtsrat Hans Elie Mollwo, den Amtsgerichtsrat a. D. Erich Becker und den Assessor Paul Gaeber zu stellvertretenden Vorsitzenden des Einigungsamtes beim Wahlrechtsamt bestellt und den in Privatdienste übergetretenen Bürgermeister a. D. Dr. Müller aus dem Amte eines stellvertretenden Vorsitzenden des Einigungsamtes entlassen. (18078)

**Lübecker Straßenbahn.**  
Fahrpreise ab 17. Februar 1923.

- bis zu für 5 und  
4 Zonen mehr Zonen
- a) Einzelfahrscheine: 250.- M. 350.- M.
- b) Monatskarten:  
2mal Fahrt 10700.- M. 14000.- M.  
4mal Fahrt 20000.- " 26000.- "
- c) Jugendfahrscheine:  
in Bündeln von 15 Stk. 1500.- M.
- d) Gepäckstücke und Stunde: 250.- M.

Die gegenwärtig im Verkehr befindlichen Jugendfahrscheine mit der roten Seriennummer 3 verlieren ab 20. 2. 1923 ihre Gültigkeit. Umtausch gegen Serie 4 an unserer Kasse Koedstraße 49 c oder durch Brief. (18104)  
Die Karten für Schwerbeschädigte der Serie 2 sind gegen Karten Serie 4 bei der Hauptfürsorgestelle für Kriegsverletzte umzutauschen.  
Lübeck, im Februar 1923.

Die Betriebsbehörde,  
Abt. g. Straßenbahn.

Der neu aufgestellte Bebauungsplan für die Vorhöfen in den Vorhöfen St. Lorenz, St. Gertrud und St. Nikolai liegt in der Zeit vom 15. Februar bis zum 21. März 1923 einschl. im Bauamt zur Einsicht aus.  
Einsendungen sind schriftlich bis zum 21. März 1923 einzureichen.  
Lübeck, den 15. Februar 1923. (18038)

Die Baubehörde.

**Pferdemarkt.**

Der erste dreijährige Pferdemarkt findet am 22. Februar d. J. in der Wallmalles Hallen. Für jedes Pferd ist ein Einbußgeld von 500.- M. zu entrichten.  
Werde mit antikerden Krankheiten dürfen nicht an den Markt gebracht werden.  
Lübeck, den 17. Februar 1923. (18096)

Das Polizeiamt.

**Kronsförderer Sortiererei. Bezirk Niendorf. Holzverkauf**

am Mittwoch, dem 21. Februar 1923, vormittags 10 Uhr in der Holzwerkstatt Bräuer in Niendorf aus dem Holzsorter:  
Eichen: 10 Erdmaße V mit 1,55 km, 25 Erdmaße III mit 4 Erdmaßen, 2 km Kieferholz 1 m lang, 2 km Kieferholz 10 m lang, 2 km Kieferholz 2 m lang, 2 km Kieferholz 1,55 km lang, 2 km Kieferholz 1,55 km lang.  
Werden nur an Käufer für eigenen Gebrauch. Bei Kaufmanntage keine Abgabe. Versteigerung werden nicht ausgegeben.  
Kronsförderer im Februar 1923. (1810)

Der Revierförster.

**Waisenhans.**

Die Gesuche um Aufnahme in das Waisenhans sind von dem 1. März 1923 an nur bei dem Waisenhansamt in der Straße 10, im Erdgeschoss, zu richten.  
Die Vorherrschafft der Waisenhanses.

Der Waisenhanses.

**Nichtamtlicher Teil**

**Carla Priet**  
Zukunftsbewerber  
Geb. 18. 2. 1896

**Maria Blasius**  
Geb. 18. 2. 1896

**M. Wiersch & Familie**  
Geb. 18. 2. 1896

**Wagnermädchen**  
Geb. 18. 2. 1896

**Maschinen-Strickerinnen**  
Geb. 18. 2. 1896

**Färberei Reimers**  
Geb. 18. 2. 1896



**KARSTADT**

Um unser in letzter Zeit stark vergrößertes

**Atelier für feine Maßschneiderei**

nicht in seiner Arbeitszeit beschränken zu müssen, die die allgemeine Depression in den nächsten Tagen wahrscheinlich zeitigen würde, wollen wir am 19., 20. und 21. Februar für dieses Atelier Arbeit annehmen ohne jegliche Gewinnberechnung für uns.  
Sie zahlen für Herren-Anzüge, Paletots, Mäntel, Damen-Schneiderkosfüme nur den reinen Arbeitslohn. Futter u. Stoffe können Sie selbst zugeben oder von uns liefern lassen. Für eine ersklassige Verarbeitung bürgt Ihnen unser Zuschneider- u. Arbeiterstab, der von der verwöhnten Herrenwelt anerkannt ist.

**Magerteil**

Schöne volle Körperformen durch unser „Kegle“ Ernährungsmittel.  
in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfund Zunahme. Garant. unbedinglich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Keine Diät. Preis: 100.- M. pro Karton mit Geb.-Ums. 100.- M. Porto gratis.  
Alleinige Niederlage:  
**Adler-Apotheke.**  
Lübeck, Dr. Meinerstr. 10  
18087

**„E. M. V.“**  
18082  
„Edel“ - „Metall“ - „Verwertung“  
Uhrmacher und Juwelier Herm. Voss & Co.  
**Trauringe billiger!!**  
333 gef. v. von 30 000 M. an.  
585 „ „ „ 50 000 „ „  
750 „ „ „ 80 000 „ „  
900 „ „ „ 120 000 „ „  
**Nur Lübeck, Fleischhauerstraße 26**

**Meine Preise folgen stets der Marktlage!**  
Großer Preisausgang im Ladeneingang!  
**Ludw. Hartwig**  
Obertrave 4. Fernspr. 377. 18125

**Patent-Matratzen, Kissen-Matratzen**  
ed. Matratzen für den Geb. Bett u. Kübel.  
Preis: 111/112 (18087)

**Die Vertriebsstelle für Lübeck u. Umgeg.**  
der für 18098  
Siedler, Kleingärtner, Gartenerzeugnisse  
**Wassig-Handpflug u. Saatsparstrome Wasser**  
**ist die Lübecker Gartenberatung,**  
Hundstraße 49/51.

**Kanin Katzen Hasen Iltis Marder**  
Fuchs Maulwurfstelle  
Lübeck an höchsten Stellen für eigenen Bedarf (18098)  
**Hermann Boy, Belg.-Spezial-Geschäft.**  
Sandstr. 21 gegenüber Hotel Stadt Hamburg.

**Brot billiger!**  
Brotfabriken haben in gemeinschaftlicher Einigung beschlossen, die Preise für Brot ab heute wie folgt zu ermäßigen: (18118)

Schwarzbrot	1700.-	1700.-
Schneebrot	1700.-	1700.-
Socialbrot	1400.-	1400.-
Weizenbrot	1400.-	1400.-
Malz	80.-	80.-

**Bedeutend erhöhte Preise für Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Flaschen usw.**  
Feste Kofasquelle für Klempner, Schmiede und Schlosser. 18084  
**Erdmann, Glodengießerstr. 61**  
Telephon 2751.

**Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft**  
Telephon 2451 m. d. H.  
Hundestr. 49/51. Geschäftszeit 8-1, 3-6 Uhr.  
**Übernahme aller Bestattungen.**

**Metallbetten.**  
Stahlmatt., Kinderbett.)  
Dir. a. Priv. Rat 48U frei.  
18074) Eisenwerkstatt Sehl (11).  
**Ad. Hübner** Uhrmacher  
Fischmarkt 11.  
Uhr- u. Goldwarenbdg. u. Reparaturwerkst. 18071

**Lindenhot**  
Juelsdorf.  
Sonntag, 18. 2.  
Beginn 4 Uhr:  
**Tanzfestlichkeit.**

**Allgem. Ortskrankenkasse Lübeck.**

Wegen Ausführung dringender Requisitionen, bedingt durch Befehl und Sachungsänderungen, bleiben die Geschäftsräume bis auf weiteres **Donnerstags** für das Publikum geschlossen. Die Verbandsmittelabgabestelle bleibt geöffnet.  
Lübeck, den 16. Februar 1923.  
18119 Der Vorstand.

**Ihre Gasrechnung verringern Sie gewaltig bei Anschaffung eines Gasparlochers**  
mit der grünen Flamme und Doppelparobrennern.  
**Willevert, Wilh. Drefen,** Mühlenstr. 30-32, Telephon 1614.  
Spezialität für Heiz- und Kochapparate.  
Reparaturen an Ofen und Herden, sowie Reinigung und Neulieferung bei billiger Berechnung.  
Eigene Lötlerei und Schlosserei. 18134

**Horrende Preise**  
für Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Felle, Flaschen u. Tierhaare  
erhalten Sie bei **J. Picker**  
**Agidienstraße 71**

**Gesangverein „Lyra“.**  
**Koloßium: Gr. Ball**  
am Sonntag, dem 18. Februar.  
Anfang 5 Uhr. (18106) Der Vorstand.

**Zionistische Ortsgruppe Lübeck**  
Dienstag, den 20. Februar, 8 Uhr, in der Aula der Ernestinenschule  
**Hubert Auhagen**  
Lichtbildvortrag über Palästina und die Juden.  
Eintritt 200 Mt. 18121

**Weißer Engel. Ball.** Heute (18120)

**Konzert u. Ballhaus „Flora“**  
Morgen Sonntag, 18. Februar  
**Grosser Ball.**  
18128) Anfang 5 Uhr.

**Tsch. Holzarbeiterverb.**  
Verwaltungsstelle Lübeck 18101  
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung  
am Montag, 19. Febr., abds. 7 1/2 Uhr.  
im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
1. Bericht von den Bezugslohnverhandlungen.  
2. Verschiedenes.  
Die Ortsverwaltung.

**Erster Fischerbuden.**  
Sonntag das beliebte Nachmittags-Konzert mit Tanzabenden  
Anfang 7 1/2 Uhr. 18086

**Neuer Grundeigent. Verein**  
Lübeck und Umgegend von 1919 G. V.  
Morgen Sonntag, den 18. Februar 1923  
**Stiftungsfest,**  
verbund. m. Gef. Abend in d. Zentral-Hallen.  
Anfang 5 Uhr. (18126)  
Der Vergütungsaussch. NB. Der Saal ist geheizt.

**Platzverein**  
25 Jähr. (18108)  
**Gründungs-Jubiläum.**  
**Festball**  
Sundtag, 18. Febr. 1923  
im „Konzerthaus Lübeck“, Block 6. Vs. Vorstand.

**Stadttheater Lübeck**  
Sonabend, 7.30 (Auffer Ab.): Gastvorstellung. **Tanzhäuser.**  
Sonntag 11 Uhr: Symphonieprobe.  
2.30: Fremdenvorstellung. **Was ihr wollt.**  
7.30: Gastspiel v. Doris Kent-Rothaug, Hamburger Stadttheater **Martha.** (18111)  
Montag, 7.30: **Sinfonische Konzert.** Solist: Andreas Wellgerder. **Violone.**  
Dienstag, 7.30: Ab. C. **Der Bettelstudent.**

## Freistaat Lübeck.

Sonntag, 17. Februar.

### Eisbeine.

Ich kann die Linde nicht halten, ich muß etwas über die dünnen Strümpfe schreiben. Bei 10 Grad Kälte und hartem Ostwind warten die Mädel mit ihren Stöckelstößen und den Gmirnfädenstrümpfen an der Straßenbahn. Wie der Storch haben sie immer auf einem Bein und reiben das andere daran, damit es warm wird. Wenn sie in der Straßenbahn sitzen, schlagen sie ihre dünnen Stelzen gegeneinander — sie frieren, und frieren, nur weil sie die Mode mitmachen müssen, die verlangt, daß sie sich die Beine abfröien, damit sie später, wenn sie einen Mann glücklich machen sollen, ihn durch allerlei Unterleibskrankheiten das Leben zur Hölle gestalten, sich natürlich mit.

Ein halbwegs normaler Mann hat — wenn er sich rechtzeitig angesehen — dicke, wallene Strümpfe über die Unterbeinleider, hat seine Tuschosen darüber und empfindet die Kälte trotzdem unbehaglich; die unverantwortlichen Mädel ziehen einen Schleier über die Beine — meinen, das sei hübsch und ziehen sich der Mode zuliebe diese gefährlichen Erfindungen zu.

Oben aber, wo sich der Mann sagt, da darfst du dich nicht zu sehr verweichlichen, da tragen sie dicke Pelze um den Hals geschlungen — bis zum Knie stehen sie also im Eiskeller und oben bis zur Brust nehmen sie ein Dampfbad. O — wie das dem Körper so gut tut! Dann sitzen sie den ganzen Tag im Bureau, wo gar Zementboden oder Eggetraum vorhanden, und klappern mit den Zähnen und am ganzen Körper. Die Fräulein hüpfeln mit 16 bis 20 Jahren schon wie alte Frauen; das sind dann die Mütter von morgen, die uns ein kräftiges Geschlecht erziehen sollen.

Mädel, ich hab' auch gern. Aber glaubt mir, jeder Mann mit gesundem Verstande lacht euch aus, wenn ihr mitten im Winter halbnaht — daher kommt, wo doch jeder sieht, daß ihr am liebsten in einen Badofen kriechen möchtet, weil ihr Gefrierfleisch an die Beine bekommt, nur der Mode zuliebe. Später könnt ihr euch dann nicht erklären, wo ihr die Krankheiten her habt — der Mann schafft kein Geld in die Apotheke für eure Matten.

Man läßt sich schon etwas gefallen, aber was zuviel ist, ist unel. Deshalb trüdt euch wallene Strümpfe, die sind nicht feurer als das Spinnweb, das ihr anhabt, was doch bald nicht mehr taugt und wegschmeißen werden muß, weil ihr diese Löcher nicht aneinandernähen könnt — Antemalen Hundst und tausend solcher Strümpfchen immer noch kein einziges anständiges Paar ergeben.

Deshalb protestieren wir gegen diese Sünden wider die Vernunft, die allem normalen Empfinden Hohn sprechen. Wir werden zu einer großen Massenversammlung einladen, in der ein Vortrag über das Thema gehalten wird: „Eisbeine in Gegenwart und Zukunft.“ Weiteres werden wir dazu einige kinematographische Vorführungen machen, damit der ganze Widerstand an den Tag kommt. Wenn ihr lieben Mädel euch dann am weißen Schirmen setzen werdet, dann wird manche leuchtend nach Hause gehen und ihre Seidenfäden, vom Knie abwärts, herunterreißen. Um Nachahmung wird gebeten.

## Reuwahl der Betriebsräte 1923.

(Ausschneiden! Aufbewahren!)

Wie alljährlich werden auch in diesem Jahre die Wahlen der Betriebsvertretungen am 23. März vorgenommen. Wir erheben alle Betriebsratsmitglieder, Betriebsobleute nichts zu überstürzen, da zur besonderen Eile keinerlei Veranlassung vorliegt. Im Gewerkschaftssekretariat, Kornmarktstraße 48, Parterre, werden alle zweckdienlichen Anstöße für die Wahlen erteilt. Um Formfehler oder sonstige Verletzungen der Wahlvorschriften zu vermeiden, ist es Pflicht der Wahlvorstandsmitglieder, sich vorher zu informieren. Infolge der hohen Kosten kann in diesem Jahr vom Gewerkschaftssekretariat kein Material ausgegeben werden. Wir weisen besonders darauf hin, daß alles Material, welches zu den Wahlen benötigt wird, vom Unternehmer bezahlt werden muß.

Vier Wochen vor dem 23. März, also spätestens am 23. Februar, hat der Betriebsrat mit einfacher Stimmenmehrheit einen aus drei Wahlberechtigten bestehenden Wahlvorstand zu wählen. Der Wahlvorstand wählt sich dann einen Vorsitzenden.

Wir lassen die weiteren wichtigsten Vorschriften folgen und rufen die B.R., sich diesen Artikel auszuschnneiden und aufzubewahren. Im Absatz 4 des § 23 heißt es: „Die Wahl ist durch den Wahlvorstand unverzüglich nach seiner Bestellung einzuleiten und soll spätestens nach 6 Wochen stattfinden.“

Nach § 18 des B.R.G. werden die Betriebsvertretungen auf ein Jahr gewählt. Wiederwahl ist zulässig. § 11 der Wahlordnung zum B.R.G. lautet: „Das Wahlergebnis wird durch den Wahlvorstand spätestens am dritten Tage nach dem Abschluß der Stimmabgabe festgestellt.“

§ 18 der Wahlordnung besagt weiter: „Sobald die Namen der Gewählten feststehen, hat der Wahlvorstand sie durch zweiwöchigen Aushang an derjenigen Stelle, an welcher das Wahlschreiben angeheftet gewesen ist, bekanntzumachen.“

Am 4. Tage nach Abschluß der Stimmabgabe beginnt also spätestens die Wahldauer von einem Jahre.

Es ist nicht verboten, den Wahlvorstand aus den Mitgliedern der Betriebsvertretungen zu nehmen. Der Wahlvorstand kann nach § 24 des B.R.G. seine Tätigkeit innerhalb der Arbeitszeit ausüben und darf hierdurch nicht benachteiligt werden. Ebenso kann die Wahl innerhalb der Arbeitszeit stattfinden, und die Wahlberechtigten Arbeitnehmer dürfen ebenfalls eine Minderung ihrer Entlohnung nicht erfahren.

Nach § 5 der Wahlordnung soll jede Vorschlagsliste mindestens doppelt so viel Bewerber enthalten, als Betriebsrats- und Ergänzungsmitglieder insgesamt zu wählen sind. Diese Vorschrift ist jedoch nicht zwingend und dürfen Listen mit weniger Namen nicht zurückgewiesen werden. Wird für eine Gruppe, oder werden für beide Gruppen nur je eine Vorschlagsliste eingereicht, so gelten die in derselben aufgeführten Bewerber in der vorgeschriebenen Zahl als gewählt. Eine Gruppe, die sich nicht beteiligt, verzichtet auf ihre Rechte aus dem Betriebsratsgesetz. Ueber die Bestimmungen und Formalitäten zur Wahl der Einzelbetriebsräte und Gesamtbetriebsrat bitten wir Auskunft im Gewerkschaftssekretariat einzuholen. Unter Berücksichtigung des 23. März als Wahltag, muß bis spätestens dem 23. Februar der Wahlvorstand bestimmt sein. Die Wahl wird eingeleitet durch den Aushang des Wahlschreibens. Dieses muß auf Grund des § 3 der Wahlordnung spätestens 20 Tage vor dem letzten Tage (in unserem Fall also spätestens am 2. März) der Stimmabgabe gelassen. Der Wahlvorstand hat nach § 2 der Wahlordnung für die Wahl eine Liste der Wahlberechtigten, getrennt nach den Gruppen der Arbeiter und Angestellten aufzustellen. Der Unternehmer hat vorhandene Listen (Arbeitsverzeichnisse, Lohnlisten) zur Verfügung zu stellen. Die weiteren Bestimmungen der Wahlordnung sind von den Mitgliedern des

Wahlausschusses genau durchzulesen, da bei wesentlichen Veränderungen gegen die Bestimmungen der Wahlordnung eine Wahl für ungültig erklärt werden kann. Wir wiederholen das schon einmal Gesagte, vorher Auskunft einholen, nicht dann, wenn es zu spät ist.

Gewerkschaftsagenossen und Genossinnen! Wieder ist ein Jahr Betriebsratsarbeit vorbei. Die sich geradezu überstürzenden Wirtschaftsverhältnisse haben uns nicht Zeit gelassen, sehr viele Aufgaben zu erfüllen, die das B.R.G. uns stellt. Der tägliche Kleinkampf nahm alle Kraft und Zeit in Anspruch. Viele Erwartungen haben sich nicht erfüllt, konnten sich auch nicht erfüllen — einmal das B.R.G. ein Kompromißprodukt ist, und andererseits die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse die Situation für das Unternehmen immer günstiger gestaltete. Die wirtschaftliche und politische Machtverschiebung ist zum Nachteil der Arbeitnehmer erfolgt. Die Grenzen unserer Macht sind durch die vorliegenden Umstände, an denen Teile der Arbeitnehmer nicht unbeteiligt und unschuldig sind, im Laufe der letzten Jahre immer enger und enger gezogen. Diese Tatsache erkennen, heißt nach Mitteln und Wegen suchen, sie zu beheben. Ein Mittel, und zwar eins der wirksamsten, das der Arbeitnehmer zur Verfügung steht, sind die Betriebsräte. Die Zeiten der Reben sind vorbei, Zeiten müssen aufgemessen werden. Nicht Taten nach kommunistischen Mustern, sondern solche Taten, die uns in den Stand setzen das Wirtschaftsleben zu beeinflussen und endlich einmal zu beherrschen. Die Taten, die wir begehen müssen, liegen auf Gebieten der Bildung und Erziehung der Arbeitnehmer. Das seinmögliche Maß der Wirtschaft zu erkennen, um es zu beherrschen, ist unsere Aufgabe. Es ist der Arbeitnehmer deshalb auch nicht damit begnügt, Funktionäre zu besitzen, die die notwendige Eigenschaft, die Energie zum Lernen, nicht mitbringen. Ein Blick in die wahrhaft revolutionären Umwälzungen, die sich im Wirtschaftsleben vollziehen, ein Blick auf den großen Komplex des neuen Arbeiterrechts, lehrt uns, welche Taten der Bildung und Erziehung geleistet werden müssen. Ein solcher Blick lehrt uns aber auch, welche zähe zielbewusste Energie dazu nötig ist. Aus dem Ungeklärten erkennen die Arbeitnehmer, worauf es ankommt bei der Auswahl der Betriebsräte. Die auf dem Boden organisierter Gewerkschaftsarbeit stehenden Arbeitnehmer müssen dafür sorgen, daß nicht solche Betriebsräte gewählt werden, deren höchste Aufgabe es seit Monaten und Jahren ist, das Vertrauen zu den Gewerkschaften systematisch zu untergraben und sie damit praktisch zu zerstören. Es darf deshalb keine Zersplitterung vorkommen. Alle Kräfte sind zusammenzufassen, die auf dem Boden der Antilideramer Internationale stehen. „Die Gewerkschaften des D.O.G. haben selbständig vorzugehen und mit den Organisationen der I.A. eine Verständigung anzustreben. Verkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden.“ So lautet der Beschluß des 11. Gewerkschaftskongresses. Politische Richtungen haben auszuscheiden.

„Für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach den Grundzügen des Beschlusses des Gewerkschaftskongresses aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem D.O.G. angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf eine Gegenliste aufstellen lassen.“ Die Gewerkschaften haben über diesen Beschluß des Kongresses zu wachen und gegebenenfalls die nötigen Maßnahmen zu ergreifen.

Gewerkschaftsagenossen und -Genossinnen! Große und schwere Kämpfe stehen uns bevor. Jeder hat seine Pflicht zu tun. Endlich auf dem Posten! Um die Arbeit zur Betriebsratswahl!

### Die Betriebsratszentrale.

J. A. Dreger.

## Dollar und Warenpreise.

Der Verband Lübecker Einzelhandelsvereine schickt uns einen Artikel, der sich mit der Lübecker Teuerungszahl beschäftigt. Er sucht sich dahin zu rechtfertigen, daß, obwohl die Lübecker Teuerungszahl vom 24. 1. bis 7. 2. um 80,7 % der Dollar aber nur um 53,6 % gestiegen sei, die Preissteigerungen nicht über das wirtschaftlich gerechtfertigte Maß hinausgegangen seien. Der Artikel bringt folgenden Vergleich:

„Am 31. Januar stand der Dollar auf 49 000, die Lübecker Teuerungsziffer auf 181 695 (Friedensziffer gleich 100 gesetzt). Der Dollar war also am 31. Januar um mehr als das 12 000fache, der Lebensallsummenindex nur um das 1817fache gestiegen. Seitdem ist der Dollar allerdings nicht unbedeutend gefallen. Der Dollarkurs am 7. Februar betrug 38 000, der Lübecker Teuerungsziffer am gleichen Stichtage 270 392. Daraus geht hervor, daß der Dollar am 7. Februar gegenüber dem Frieden um mehr als das 9000fache, die Lebensallsummenindex dagegen nur um das 2704fache gestiegen war. Nach dem neuesten Stande vom 14. Februar beträgt der Dollarkurs noch immer etwa das 6000fache des Friedensstandes, während die Lebensallsummenindexziffer nach den amtlichen Ermittlungen des Statistischen Landesamtes vom 14. Februar erst das 3155fache erreicht hat.“

Diese Aufrechnung würde dann stimmen, wenn die Waren ganz oder zum größten Teil importiert wären. Das ist aber nicht der Fall. Den Warenpreisen einfach den Dollarkurs gegenüberzustellen, gibt ein völlig schiefes Bild. Warum stellt man den Warenpreisen nicht die Arbeitslöhne und Gehälter gegenüber? Die Teuerungszahl ist deswegen so verhältnismäßig niedrig, weil eine Anzahl Ausgaben, wie z. B. die Miete (das heißt aber nicht für die Hausbesitzer) im Preise verhältnismäßig billiger sind. Würde man die Waren, die der Einzelhandel vertreibt, wie Lebensmittel, Textilien usw., allein betrachten, dann läme eine ganz andere Teuerungszahl heraus.

Stellen Sie, meine Herren, diese Zahlen dem Dollarkurs gegenüber. Wie richtig diese Auffassung ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß amerikanisches Schmalz bereits um 2000 Mk. billiger ist als deutsches. Fleischpreise und Dollarkurs stehen ebenfalls im krassen Widerspruch. Sie sind, wie der Berliner Marktbericht nachweist, bedeutend gestiegen. Die Großhändler begründen dies damit, daß die Landwirte für das Vieh ab Stall 3000 Mk. und mehr Aufschlag verlangen. Die Großhändler begründen die unfairen Zeitpreise mit der unverkäuflichen Bedauptung, daß sie im Fuhrverkehr jeden Preis bekommen und daß die Großhändler der Konjunkturfürten ebenfalls jede gewünschte Summe anlegen, weil die Fabriken durch ihre ausgebeuteten Röhrläume natürlich in der Lage sind, das Fleisch woherher einzulagern und die Ansicht vertreten, daß die Viehpreise auch in den nächsten Wochen noch weiter ansteigen werden. Aus ähnlichen Spekulationsgründen haben sich viele Großhändler mit Fleisch eingelagert, das vorläufig eingelagert wird, um später entsprechende Konjunkturgeinn zu erzielen zu können.

Am übrigen ist es eine bekannte Tatsache, daß jeder die Schuld der Ueberverteilung von sich abwälzen möchte und jede Spezialgruppe des Handels glaubt für sich das Recht in Anspruch zu nehmen, zu den realsten Handelsleuten zu gehören. Die Konjunkturvereine wollen diese Leute ganz aus dem Spiele lassen. Denn diese haben sich das unerschöpfbare Verdienst erworben, die Preise in den notwendigen Grenzen zu halten und das schwere Los ihrer Mitglieder zu erleichtern. Ohne diesen Preisregulator würden die Schandhöcker noch ganz anders angeleitet werden.

## Der Hausbesitzerverein droht!

Der Neue Grundeigentümerverein kündigt dem Senat Fehde an, weil dieser dem Wunsche der Hausbesitzer, Verwaltungsmiete und Mieten ab 1. Februar zu erhöhen, nicht willfahren ist. Nach dem Bericht des Gen.-Anz. wurde nur eine bescheidene Mieterhöhung um das Einhundertundvierzigfache gefordert, schließlich aber habe man die Forderung auf das 50fache ermäßigt. Das Einigungsamt habe versprochen gehabt, diese Forderung an den Senat weiter zu leiten. Bis jetzt habe der Senat darüber nichts von sich hören lassen. Er scheine nicht geneigt zu sein, auch einer niedrigeren Forderung zustimmen zu wollen. Senatoren, die urdem erklärten, für eine höhere Miete stimmen zu wollen, hätten das nicht getan. Man habe erklärt, daß man am 1. April alles nachholen werde. Es frage sich nun, welche Maßnahmen seitens der Vereins zu ergreifen seien, damit ihm hinsichtlich der Mieterhöhung das nicht wieder passiere, was er am 1. Februar erleben mußte. In der Debatte wurde behauptet, der Senat lasse sich von der Masse leiten und daß er sich dadurch bei den nächsten Wahlen sein eigenes Grab grabe werde. Er lasse sich leiten von der Kadaverpolitik. Die schon einmal angebotene, aber nicht zur Ausführung gekommene Androhung der Abgabenerweigerung bei nicht genügender Mieterhöhung müsse jetzt durchgeführt werden.

In einer Entschließung wurden die Ansichten der Drahtzieher dieses Vereins aufgeschrieben. Darin kommt der Mißmut über die „zwangsweise Niedrighaltung“ der Mieten zum Ausdruck; auch wird die Behauptung aufgestellt, die „oberste Landesbehörde“ führe den Hausbesitz systematischem Ruin entgegen. Trotz allem will der Verein aber an der Erhaltung der Einheitsfront mitwirken und Opfer bringen:

„Auf das entschlossene Verurteilen es jedoch der Verein, daß dem notleidenden Hausbesitz seitens des Staates einseitig Opfer und Lasten auferlegt werden. Glaubt der Senat, daß den wirtschaftlichen Erfordernissen zur Erhaltung des Hausbesitzes und der Mietwohnungen zurzeit nicht Rechnung getragen werden kann, so fordert der Verein gleichzeitig: 1. Die Ermächtigung zur Einstellung sämtlicher Instandsetzungsarbeiten bis auf ein unbedingt notwendiges Mindestmaß; 2. die Einstellung der Erhebung der Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues; 3. die Zurückführung der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität auf die Januarpreise. Hierbei sei ausdrücklich bemerkt, daß es sich nur um vorübergehende Maßnahmen handeln kann. Einseitige Entziehung der Hausbesitzer muß jedoch für die Folge aus den entschlossenen einseitigen Widerstand derselben fließen.“

Hier ist so ziemlich die ganze wirkliche Weltanschauung der Hausbesitzervereiner, wie sie sich in der Bürgerchaftsaktion offenbart, zusammengetragen. Schwere Rache schwören die Hausbesitzer gegen den Senat, der nicht haarkraus nach ihrer Wollust tanzen will. Diese jenseitigen Hirten gerieren sich als Simone Lübeds, unter deren kräftigen Armen das ganze Staatsgebäude zusammenbrechen werde. Es bietet sich ein andermal Gelegenheit, den Vermögenslosen etwas herabzusetzen auf den Fuß zu klopfen, so wie sie es nach ihrer konfusen Redeweise und Entschlossenheit verdient haben. Für heute sei nur gesagt, daß der Spruch dieser Verammlung erst recht verständlich wird, wenn man weiß, daß der erste Parteivorsitzende der Hausbesitzer im öffentlichen Lokal erklärte, er würde alle kleinen Hausbesitzer, die Sozialdemokraten sind und betram Verein annehmen, in den A... treten. Das ist zwar unmöglich, aber deutlich.

## Gemeinnütziges Vestattungswesen.

Die Rotgemeinschaft für Vestattungen zu Lübeck e. V. hielt am Donnerstag im Gewerkschaftshaus eine gutbesuchte Versammlung ab, die sich vor allem mit den ungerechtfertigten Normen beschäftigte, die interessierte Kreise, gegen die Rotgemeinschaft in einem Inserat des General-Anzeigers erhoben hatten. Genosse Gogowsky zergliederte an der Hand von Tatsachen den Einspruch der Gegner unserer Rotgemeinschaft, die nicht machen wollen, daß die Rotgemeinschaft ihre Verpflichtungen nicht erfüllen könne. Die Angriffe der Interessenten seien schon aus dem Grunde verfehlt, weil die R. G. ein gemeinnütziges Unternehmen sei, das von den Gewerkschaften, der Genossenschaftsbäuererei, dem Konsumverein, der Arbeitergenossenschaft und der Siedlungs-genossenschaft im Interesse der Arbeiter gegründet wurde. Als solche Einrichtung gehe die R. G. nicht auf persönlichen Gewinn aus, sondern beruhe die Erbringung zum Ausbau und sonstigen dem Gemeinwohl dienenden Unternehmen. Die R. G. unterhalte weder gehaltsschwere Direktoren noch Agenten und beruhe auf denkbar einfachster Verwaltung. Wie sehr die Leistungen der R. G. befriedigten, ergebe sich aus dem fortwährenden Zustrom neuer Mitglieder. Selbst aus Unternehmerkreisen ließen Anträge ein. In der kurzen Zeit ihres Bestehens verzeichnet sie 24 800 Mitglieder, darunter 3390 Haushaltungsvorstände. Genosse Gogowsky gab sodann einen Ueberblick über das Beitragswesen und die Leistungen der R. G., sowie über die Verwendung der Gelder. Mit richtigem Instinkt hätten die bürgerlichen Vestattungs-Unternehmer erkannt, daß hier ein Stück Sozialisierungsarbeit geschaffen sei, und die sei ihnen ein Grauel. Umso mehr mühten Arbeiter, Angestellte und Beamte dieses Werk unterstützen, damit die Realformen erleben könnten, daß die heutige Generation auch in Zeiten höchster Not Gemeinheitswillen bekundet und in die Tat umgeleitet habe. Der Redner stellte ferner Vergleiche an zwischen Beiträgen und Leistungen der Rotgemeinschaft gegenüber den bürgerlichen Vestattungs-Unternehmern. Diese berechneten die Beiträge pro Person und pro Tausend, während die R. G. für einen weit niedrigeren Beitrag Mann und Frau sowie Kinder bis zum 18. Lebensjahr einschließe, womit nicht nur ein Vorteil für die Mitglieder und deren Angehörige, sondern auch die Gemeinnützigkeit an sich bewiesen würde. Ferner vermies Genosse Gogowsky noch auf die Haushaltungsgenossenschaft und die „Eltterngemeinschaft, Vorläufer- und Kreditverein zu Lübeck“. Letztere ist ein gemeinnütziges Unternehmen, der die Herstellung und Befahrung von Wohnungs- und Rückeneinrichtungen, Aussteuerarbeiten für Brautleute, sowie Gebrauchsgegenstände für neugeborene Kinder und Konfirmanten bewahrt.

In der A u s s p r a c h e wurde u. a. das Gerücht zerstreut, daß die R. G. Pappplättchen verwende. Es steht jedermann frei, sich vom Gegenteil zu überzeugen. Die Säure werden aus solidem Material in der Gemeinnützigsten Arbeitsgenossenschaft hergestellt. Es wurde weiter erwähnt, daß sich die Vestattungsstellen (bis zum Friedhof) bei der R. G. um mindestens 90 000 Mk. billiger stellen als bei Privatunternehmern. Beschlossen wurde, eine Erhöhung der Beiträge vorzunehmen und die Erstattungsumme zu erhöhen, damit bei den steigenden Materialpreisen die Unkosten gedeckt und den Mitgliedern keine weiteren Lasten entstehen.

## Grippe — Husten

Sollte jeder auch nach überstandener Krankheit besittien. Waten ihnen, aus 50 Gramm echtem Kanadisch-Ertract durch Aufkochen mit ¼ Pfd. Zucker und ¼ l Wasser eine preiswerte, prompt wirkende Lungenmedizin selbst herzustellen. Guter Rezept-Ertract ist sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Rennerstr. 10. (13110)

Aus aller Welt.

Ein dreifacher Raubüberfall. Am Donnerstag abend 7 Uhr hielt vor dem Postamt Teletow bei Berlin ein Automobil, dem etwa sieben bis neun junge Burischen im Alter von 25 Jahren entstieg...

Schwere Stürme in Nordamerika. Aus New York wird gemeldet: Die Vereinigten Staaten werden von schweren Stürmen heimgekehrt, die zu Lande und zu Wasser großen Schaden angerichtet haben.

Wetterbericht.

(Von der Lauburgischen Wetterwarte in Mölln.) (Nachdruck verboten.) Mölln, 16. Februar. 18. Februar: Ziemlich mild, unbeständig, meist trübe, hülge, im Küstengebiet stürmische SW-Winde, verbreitete Schneefälle...

Rubrikliste der Gewerkschaften.

Table with 2 columns: Name of the organization and amount. Includes Marien-Anaberschule (4. Klasse) 3000.-, III. St. Lorenz-Anaberschule (3. Klasse) 1800.-, etc.

Quittung.

Für den Pressefonds gingen ein: Zimmerverein Schwartau-Rensfeld 660 Mk.; Vorstandsmittglieder des D. G. B. 1000 Mk.; F. H. 1000 Mk.; Feuerwehr Wache II 150 Mk.; etc.

Genosse Kaping berichtete sodann über die Notwendigkeit, die Listen der Beerdigungskosten (von der Friedhofskapelle bis zum und ins Grab) dem einzelnen abzunehmen und sie auf die Gesamtheit umzuliegen. Die Beerdigungen müßten möglichst einheitlich und einfach gestaltet werden.

Die Not der Straßenbahn.

Jahrespreis 250 Mk. - Beschränkende Verkehrsbeschränkung. Wie aus dem Interatent ersichtlich, werden ab heute, Sonnabend, die Fahrpreise bis zu 4 Zonen auf 250 Mk. für 5 und mehr Zonen auf 350 Mk. und auf 100 Mk. für Jugendfahrkarte erhöht.

Streik auf dem Hochofenwerk. Auf dem Hochofenwerk ist Freitag abend 10 Uhr ein Streik ausgedrochen. Die bei dem Betriebsausschuss für den Betrieb der Hochöfen sind 60 Mann erkrankt geblieben, ebenfalls oder noch nicht abgeholt.

Stromausfall. Bei dem Gießwerk oberhalb der Döberitzbrücke wurde nach dem Gewitter, am Donnerstag abend 10 Uhr ein Stromausfall eintreten. Ein großer Teil der Hochöfen kam zum Stillstand.

zum Galle im kalten Wasser befindlichen, dem es trotz Gewandtheit nicht gelangen wollte, alle die Eisanteile zu erklimmen. Die Arbeit mußte mit Umsicht ausgeführt werden, da das Eis an dieser Stelle nur eine Stärke von 1 1/2 Zentimetern hatte.

Spende für deutsche Kinder. Am November v. J. veranstalteten die Deutschen von Kronstadt und Umgebung (frühere Transsilvanien) einen Bazar zu Gunsten der notleidenden Kinder in Deutschland.

X Waffensort. Ueberhäufung der Patriotismus. Im Zeichen der Ruchlosigkeit wird auch hier vertriebt, in Chronismus zu machen. Am vergangenen Sonnabend war von der Platte Volksgilde hier ein sogenannter Unterhaltungsabend veranstaltet worden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Wochenplan des Stadttheaters. Sonntag: Oesterliche Hauptrolle zum 8. Einakter. Sonntag: Andreas Weisgerber (Mitteln). 2.30 Uhr: 6. Fremden-Vorstellung. Was ihr wollt.

Angrenzende Gebiete. Überbrannt. 43 Stück Vieh verbrannt. In der Nacht auf Dienstag brannte das große Gemse der Witwe Christen in Röhrengebirge nieder.

Persil bleibt Persil

In alter bewährter Güte! geeignet für alle Arten von Wäsche. Niemals lösel! Nur in Originalpackung!

Ohne Chlor! Wäscht leicht und desinfiziert. Ausrücker Hersteller: MENKEL & CIE., DUSSELDORF, auch der alibewährten „MENKO“ (Menkel's Wasch- und Bleich-Soda).

Rautabak. Der Preis für Südbar Rautabak beträgt ab heute pro Kiste 300 Mark. Tabakfabrik Chr. Floro.

Gute Möbel u. Hausrat. Kochs Küchenschönheit. 60 Rübenstraße 60.

60 Rübenstraße 60. Eilen, Stempel, Metall, Glas, etc. L. & G. K. 112.

Produktengeschäft „Gonia“ 22 Meierstraße 22 a. Riesen-Preise. Wilh. Matz.

Stark Schön u. Arbeitskleid, Sportkleid, Damen, Herren, Kinderkleid, etc. Ehlers & Reetwisch.

Preussische Klassen-Lotterie. Von der 3. Klasse ab gänzlich neuer Plan mit zeitgemäßen Gewinnen von 50.30.20 Millionen Mark usw.

Verloren! haben Sie kein Geld, wenn Sie Ihre Hausstaubklumpen, Altsen, Papier, Metalle und Bodentummel im Produkten-Geschäft St. Gertrud verkaufen.

Möbelhaus Heine Depenau 8. \* Küchen \* Speisezimmer \* \* Herrenzimmer \* Schlafzimmer \* \* fertige Betten \* 18078 sehr preiswert nur beste Qualitäten

Selig L. Cohn, Die höchsten Tagespreise für Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Felle usw. erhalten Sie bei Selig L. Cohn, Bahnhofsstraße 62, Telefon 2158.